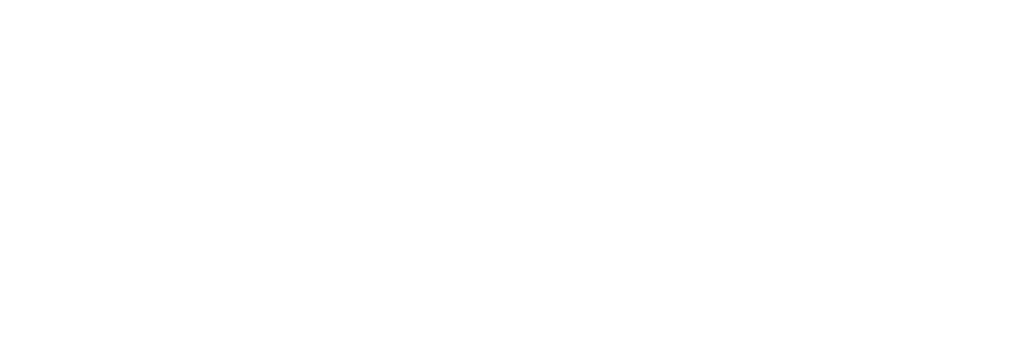
Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft

Abteilung Gewässerschutz



**Siedlungsentwässerungs-verordnung (SEVO)**

**der Gemeinde/Stadt …..**

**Erläuterung zur Vorlage**

Die Siedlungsentwässerungsverordnung (SEVO) regelt die Abwasserentsorgung und die dazu erforderliche Finanzierung auf dem ganzen Gemeindegebiet. Die SEVO legt die Rechte und Pflichten der Gemeinde, der Einwohnerinnen und Einwohner beziehungsweise der Nutzerinnen und Nutzer der Anlagen sowie die Zuständigkeiten fest. Die SEVO wird vom Souverän erlassen – in Versammlungsgemeinden durch die Gemeindeversammlung, in Parlamentsgemeinden durch das Parlament. Anschliessend ist die Genehmigung durch die Baudirektion erforderlich.

Die zwingend zu regelnden Aufgaben und Pflichten sind in der vorliegenden Musterverordnung in schwarzer Schrift dargestellt. Varianten sind in roter, Optionen in blauer Schrift wiedergegeben. Beispielsweise bieten die Varianten den Gemeinden die Möglichkeit, zur Finanzierung der öffentlichen Abwasseranlagen eine für sie geeignete Gebührenart zu wählen. Bei optionalen Regelungen, zum Beispiel Förderung von Gewässerschutzmassnahmen, können die Gemeinden bestimmen, ob sie diese – allenfalls in angepasster Form – übernehmen wollen. Vorgeschlagene Geldbeträge oder andere Festlegungen werden in grüner Schrift angegeben. Die Gemeinden können diese unter Berücksichtigung des übergeordneten Rechts an ihre Bedürfnisse anpassen. Gelb markiert sind Stellen, wo Ergänzungen durch die Gemeinden notwendig sind.

|  |  |
| --- | --- |
| **Schriftfarbe** | **Bedeutung** |
| schwarze Schrift | zwingende Regelung |
| rote Schrift | Variante zu zwingender Regelung |
| blaue Schrift | Option (nicht zwingende Regelung) |
| grüne Schrift | Vorschlag für Geldbetrag oder andere Festlegung |
| gelb markiert | nötige Ergänzungen der Gemeinde |

In Parlamentsgemeinden ist der Begriff «Gemeinderat» durch «Stadtrat» zu ersetzen.

Ein Abkürzungsverzeichnis findet sich im Anhang zu den Ausführungsbestimmungen. Die Hinweise auf das massgebende übergeordnete Recht sind im Genehmigungsexemplar wegzulassen.

Änderungen an der SEVO sind über den Änderungsmodus von Microsoft Word nachzuverfolgen. Die Anpassung der Vorlage an das Layout der Gemeinde hat nach der Genehmigung zu erfolgen.

**Der Text dieser Seite wird nach Ausarbeitung der SEVO nicht mehr benötigt und ist zu löschen.**

**Inhalt**

[A Allgemeine Bestimmungen 6](#_Toc508891524)

[1 Gegenstand 6](#_Toc508891525)

[2 Vollzugszuständigkeit 6](#_Toc508891526)

[3 Strategische Planung 6](#_Toc508891527)

[4 Öffentliche und private Abwasseranlagen 7](#_Toc508891528)

[5 Verschmutztes und nicht verschmutztes Abwasser 7](#_Toc508891529)

[6 Anlagen- und Kanalisationskataster 8](#_Toc508891531)

[7 Übernahme von privaten Abwasseranlagen ins Eigentum der Gemeinde 8](#_Toc508891532)

[B Besondere Pflichten der Grundeigentümer und Inhaber von Abwasseranlagen 8](#_Toc508891533)

[8 Anschlusspflicht 8](#_Toc508891534)

[9 Anschlusspflicht bei neu erstellten Kanalisationen 8](#_Toc508891535)

[10 Pflicht zum Unterhalt und zur Anpassung privater Abwasseranlagen 9](#_Toc508891536)

[11 Nutzung von Regenabwasser und von Wasser aus eigenen Quellen 9](#_Toc508891537)

[C Kontrollen und Bewilligungen 9](#_Toc508891538)

[12 Kontrollen 9](#_Toc508891539)

[13 Bewilligungstatbestände 9](#_Toc508891540)

[D Gewässerschutzmassnahmen 10](#_Toc508891541)

[14 Förderung 10](#_Toc508891542)

[15 Verfahren 10](#_Toc508891543)

[E Gewässerunterhalt 11](#_Toc508891544)

[16 Unterhaltsplan 11](#_Toc508891545)

[17 Teilfinanzierung des Gewässerunterhalts 11](#_Toc508891546)

[F Finanzierung der öffentlichen Siedlungsentwässerung 11](#_Toc508891547)

[18 Grundsätze 11](#_Toc508891548)

[19 Abwassergebühren und -beiträge 11](#_Toc508891549)

[20 Bemessung der Mehrwertbeiträge 12](#_Toc508891550)

[21 Bemessung der Anschlussgebühr 12](#_Toc508891551)

[22 Weitere Bestimmungen zur Anschlussgebühr 12](#_Toc508891552)

[23 Nachforderung von Anschlussgebühren 13](#_Toc508891553)

[24 Bemessung der Benutzungsgebühr 13](#_Toc508891554)

[25 Weitere Bestimmungen zur Benutzungsgebühr 14](#_Toc508891555)

[26 Gewichtung der Grundstücksflächen bei der Anschlussgebühr und Benutzungsgebühr 14](#_Toc508891556)

[27 Schuldner 15](#_Toc508891557)

[28 Rechnungsstellung und Fälligkeit 15](#_Toc508891558)

[G Haftungs- und Schlussbestimmungen 16](#_Toc508891559)

[29 Haftung 16](#_Toc508891560)

[30 Rechtsschutz 16](#_Toc508891561)

[31 Rechtsetzungsbefugnisse 16](#_Toc508891562)

[32 Inkrafttreten 16](#_Toc508891563)

Die Gemeindeversammlung,

gestützt auf § 7 Abs. 2 lit. e des Einführungsgesetzes zum Gewässerschutzgesetz   
vom 8. Dezember 1974,

erlässt:

# Allgemeine Bestimmungen

## Gegenstand

Diese Verordnung regelt

a. die Siedlungsentwässerung auf dem gesamten Gemeindegebiet, insbesondere die Versickerung, Sammlung, Behandlung und Ableitung von Abwasser,

b. die Finanzierung der öffentlichen Siedlungsentwässerung,

c. die Förderung von Massnahmen zum Gewässerschutz [Ziffern 14 und 15],

d. den Gewässerunterhalt [Ziffern 16 und 17].

*Massgebendes übergeordnetes Recht: Art. 1 und 6 ff. GSchG, §§ 7 und 18 EG GSchG*

## Vollzugszuständigkeit

1 Der Gemeinderat ist zuständig für den Vollzug dieser Verordnung. Er sorgt insbesondere für

a. die Planung, die Erstellung, den Betrieb und den Unterhalt der öffentlichen Siedlungsentwässerung,

b. für die Einhaltung der Vorschriften und Richtlinien zur Reinhaltung der Gewässer bei öffentlichen und privaten Abwasseranlagen,

c. eine zweckmässige Aufsicht über die Verwaltungsstellen, welche die Siedlungsentwässerungsverordnung (SEVO) operativ umsetzen.

2 Der Gemeinderat kann für bestimmte Vollzugsaufgaben nachgeordnete Verwaltungseinheiten oder mit öffentlichen Aufgaben betraute externe Stellen als zuständig bezeichnen.

*Massgebendes übergeordnetes Recht: Art. 13 ff. GSchV, § 7 und 18 EG GSchG, § 3a und §§ 8 bis 18 KGSchV*

## Strategische Planung

Der Gemeinderat stellt mittels strategischer Planung langfristig die optimale Leistungserbringung der Siedlungsentwässerung sicher. Die strategische Planung stützt sich auf

a. den Generellen Entwässerungsplan (GEP) und

b. das finanzielle Führungsinstrument.

## Öffentliche und private Abwasseranlagen

1Die öffentlichen Abwasseranlagen umfassen

a. das gemeindeeigene Kanalisationssystem mit allen zugehörigen Einrichtungen wie Regenbecken, Regenüberläufen, Versickerungsanlagen, Pumpwerken, Druckleitungen und Abwasserreinigungsanlagen,

b. Abwasseranlagen anderer Gemeinden, und Verbände oder anderer öffentlicher Trägerschaften, die von der Gemeinde mitbenutzt werden,

2 Die privaten Abwasseranlagen umfassen alle im Privateigentum stehenden Einrichtungen zum Versickern, Sammeln, Vorbehandeln, Reinigen und Ableiten von Abwasser von privaten Gebäuden, Anlagen und Grundstücken.

3 Die Anschlussstelle an die öffentliche Kanalisation ist Bestandteil der privaten Abwasseranlagen.

*Massgebendes übergeordnetes Recht: Art. 10 und 11 GSchG sowie Art. 11 GSchV*

## Verschmutztes und nicht verschmutztes Abwasser

1Abwasser aus Gebäuden und von überdeckten Flächen ist generell dem verschmutzten Abwasser zuzuordnen.

2 Der Gemeinderat beurteilt aufgrund der Gesetzgebung und der massgebenden Normen und Richtlinien, ob Regenabwasser als verschmutzt oder nicht verschmutzt gilt. Wo notwendig ordnet die Behörde zum Schutz der Gewässer die Behandlung des Regenabwassers an.

3 Nicht verschmutztes Regenabwasser ist gemäss dem Generellen Entwässerungsplan zu bewirtschaften und grundsätzlich in erster Priorität zu versickern. Weisen die örtlichen Verhältnisse eingeschränkte Versickerungskapazitäten auf, ist das nicht verschmutzte Regenabwasser zurückzuhalten und nachgeschaltet zu versickern. Ist die Versickerung nachweislich nicht möglich, ist es in zweiter Priorität mit Bewilligung der Behörde in eine Regenabwasserkanalisation oder in ein Oberflächengewässer einzuleiten. Wo notwendig ordnet die Behörde zum Schutz der Gewässer Rückhaltemassnahmen an.

4 Grund-, Sicker- und Hangwasser darf grundsätzlich nicht gefasst werden. Lassen dies die örtlichen Verhältnisse nicht zu, ist das Wasser gemäss Absatz 5 zu bewirtschaften.

5 Stetig anfallendes, nicht verschmutztes Abwasser ist nach Möglichkeit auf dem Grundstück, auf dem es anfällt, zu versickern. Ist die Versickerung nachweislich nicht möglich, ist es in zweiter Priorität mit Bewilligung der Behörde in eine Regenabwasserkanalisation oder in ein Oberflächengewässer einzuleiten. Es ist von der Abwasserreinigungsanlage fern zu halten.

6 Wird die Versickerung von nicht verschmutztem Abwasser von der Bauherrschaft als nicht machbar beurteilt, kann die Behörde einen entsprechenden Nachweis einfordern.

*Massgebendes übergeordnetes Recht: Art. 7 und Art. 11 GSchG sowie Art. 3 und Art. 5 bis 17 GSchV*

## Anlagen- und Kanalisationskataster

1Die Gemeinde führt über das gesamte Gemeindegebiet den Anlagen- und Kanalisationskataster. Dieser informiert über die Eigentumsverhältnisse und bildet die Grundlage für die Ermittlung des Finanzbedarfs der Abwasseranlagen. Er weist die öffentlichen Siedlungsentwässerungsanlagen aus und die daran angeschlossenen privaten Abwasseranlagen, soweit sie sich ausserhalb von Gebäuden befinden (auch die Versickerungsanlagen).

oder

1Die Gemeinde führt über das gesamte Gemeindegebiet den Anlagen- und Kanalisationskataster. Dieser informiert über die Eigentumsverhältnisse und bildet die Grundlage für die Ermittlung des Finanzbedarfs der Abwasseranlagen. Er weist die öffentlichen Siedlungsentwässerungsanlagen aus und die daran angeschlossenen privaten Abwasseranlagen, die fest mit dem Boden verbunden sind. Der Kataster erfasst auch die Versickerungsanlagen.

2 Die Grundeigentümerinnen und -eigentümer sind verpflichtet, der Gemeinde die Angaben und Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die für die Erstellung des Katasters notwendig sind.

*Massgebendes übergeordnetes Recht: § 3a lit. f KGSchV*

## Übernahme von privaten Abwasseranlagen ins Eigentum der Gemeinde

Die Gemeinde kann privat erstellte Abwasseranlagen in ihr Eigentum übernehmen, wenn sie an eine öffentliche Abwasseranlage angeschlossen sind und der Entwässerung mehrerer Liegenschaften dienen.

# Besondere Pflichten der Grundeigentümer und Inhaber von Abwasseranlagen

## Anschlusspflicht

1Innerhalb der Bauzone und im Bereich der öffentlichen Kanalisation muss das verschmutzte Abwasser von Grundstücken in die Kanalisation mit Anschluss an eine öffentliche Abwasserreinigungsanlage eingeleitet werden.

2 Erweist sich die Abwasserentsorgung von Grundstücken ausserhalb der Bauzonen für die Betroffenen als unzumutbar, kann sich die Gemeinde an der Finanzierung einer gemeinsamen abwassertechnischen Lösung (z.B. Kanalisationsanschluss mit Ableitung zur öffentlichen Abwasserreinigungsanlage) beteiligen.

Massgebendes übergeordnetes Recht: Art. 11 bis 13 GSchG sowie Art. 9 bis 11 GSchV

## Anschlusspflicht bei neu erstellten Kanalisationen

Schafft der Neubau eines öffentlichen oder privaten Abwasserkanals die Möglichkeit, bestehende Gebäude daran anzuschliessen, sind die Gebäudeeigentümerinnen und -eigentümer verpflichtet, den Anschluss dieser Gebäude vorzunehmen. Er ist mit der Erstellung der Kanalisation oder innert nützlicher Frist zu realisieren.

## Pflicht zum Unterhalt und zur Anpassung privater Abwasseranlagen

1 Die Eigentümerinnen und Eigentümer der privaten Abwasseranlagen haben dafür zu sorgen, dass die Anlagen baulich und betrieblich in einwandfreiem Zustand sind. In den Grundwasserschutzzonen sind die Bestimmungen des Schutzzonenreglementes zu beachten.

2 Bestehende private Abwasseranlagen sind zulasten der Eigentümerinnen und der Eigentümer an die geltenden gesetzlichen Bestimmungen anzupassen

a. bei erheblichen Erweiterungen in der Gebäudenutzung oder der Produktion,

b. bei wesentlichen Umbauten der angeschlossenen Gebäude oder Änderungen der Produktionsart,

c. bei gebietsweisen Sanierungen privater Abwasseranlagen,

d. bei baulichen Sanierungen der öffentlichen Kanalisation im Bereich der Anschlussstelle,

e. bei Systemänderungen am öffentlichen Kanalisationsnetz,

f. bei Missständen.

Massgebendes übergeordnetes Recht: Art. 15 GSchG und Art. 13 GSchV

## Nutzung von Regenabwasser und von Wasser aus eigenen Quellen

1Wird Regenabwasser oder Wasser aus eigener Quelle für den Betrieb der sanitären Einrichtungen einer Liegenschaft oder für andere abwassererzeugende Tätigkeiten verwendet, muss der Nutzer die Abwassermenge nachweisen, die durch den Wasserverbrauch erzeugt wird. Die erforderlichen Wasserzähler sind auf Kosten des Nutzers einzubauen.

2 Fehlt dieser Nachweis, setzt der Gemeinderat die Benutzungsgebühren aufgrund von Erfahrungswerten fest.

3 Die notwendigen Wasserzähler werden durch die Gemeinde zur Verfügung gestellt bzw. deren Miete den Nutzern in Rechnung gestellt.

# Kontrollen und Bewilligungen

## Kontrollen

1 Der Gemeinderat sorgt im Rahmen seiner Aufsichtspflicht für die periodische Kontrolle der öffentlichen und privaten Abwasseranlagen und für die Behebung von Missständen. Die Kosten für die Zustandserhebungen werden durch die Abwassergebühren finanziert.

2 Die Eigentümer und Besitzer von Grundstücken müssen den Kontrollorganen jederzeit den ungehinderten Zugang zu den Anlagen ermöglichen.

Massgebendes übergeordnetes Recht: Art. 15 GSchG

## Bewilligungstatbestände

1 Eine kommunale Bewilligung ist erforderlich für

a. die Erstellung, Sanierung, Erneuerung, Erweiterung oder Aufhebung von Abwasseranlagen,

b. die Wärmeentnahme aus dem Abwasser sowie die Wärmerückgabe ins Abwasser der privaten und öffentlichen Kanalisationen,

c. die Regenabwassernutzung für den Betrieb der sanitären Einrichtungen einer Liegenschaft oder für andere abwassererzeugende Tätigkeiten,

d. jede Änderung der Nutzung von Bauten und Anlagen, die auf Menge und Beschaffenheit des Abwassers einen Einfluss haben kann,

e. die Einleitung von Abwasser in öffentliche Gewässer.

2 Behält das übergeordnete Recht eine kantonale Bewilligung vor, leitet die Gemeinde das Gesuch an die zuständige kantonale Stelle weiter.

Massgebendes übergeordnetes Recht: Art. 17 und 18 GSchG sowie §§ 8 und 17 EG GSchG und § 3a K GSchV

# Gewässerschutzmassnahmen

## Förderung

1 Die Gemeinde kann Gewässerschutzmassnahmen Privater fördern, wenn ein öffentliches Interesse besteht.

2 Finanziell unterstützt werden ausschliesslich Massnahmen auf dem Gemeindegebiet.

3 Zur Finanzierung dieser Förderbeiträge dürfen bis zu …% (Vorschlag 5 - 10%) der jährlichen Einnahmen aus den Abwassergebühren verwendet werden. Die Abwassergebühren werden, sofern notwendig, angepasst.

4 Werden die jährlich verfügbaren Förderbeiträge nicht ausgeschöpft, verfällt der Überschuss zu Gunsten der allgemeinen Mittel der Siedlungsentwässerung. Er darf nicht zweckgebunden auf künftige Rechnungen übertragen werden.

## Verfahren

1Der Gemeinderat entscheidet über das Beitragsgesuch anhand der eingereichten Planunterlagen, des technischen Beschriebs und des Kostenvergleichs.

2 Der Baubeginn darf erst erfolgen, nachdem der Entscheid über einen Förderbeitrag vorliegt.

3 Die Fertigstellung ist der Gemeindeverwaltung unmittelbar nach Inbetriebnahme der Anlage zu melden. Die Auszahlung der Beiträge erfolgt nach Überprüfung der Bauabrechnung und bestandener Schlusskontrolle.

# Gewässerunterhalt

## Unterhaltsplan

Der Gemeinderat erstellt einen Unterhaltsplan über die Gewässer, für deren Unterhalt die Gemeinde zuständig ist. Er bezeichnet darin die Gewässer beziehungsweise Gewässerabschnitte, die durch die Siedlungsentwässerung in Anspruch genommen werden.

## Teilfinanzierung des Gewässerunterhalts

1Der Gemeinderat kann im Rahmen des Voranschlags der Gemeinde finanzielle Mittel aus der öffentlichen Siedlungsentwässerung für Massnahmen einsetzen, die an den im Unterhaltsplan bezeichneten Gewässern auszuführen sind.

2 Zu diesem Zweck dürfen bis zu …% (Vorschlag 5 - 10%) der jährlichen Einnahmen aus Abwassergebühren verwendet werden. Die Abwassergebühren werden, sofern notwendig, angepasst.

# Finanzierung der öffentlichen Siedlungsentwässerung

## Grundsätze

1Zur Finanzierung der öffentlichen Siedlungsentwässerung erhebt die Gemeinde Abwassergebühren. Die Höhe der Gebühren ist so anzusetzen, dass der Ertrag sämtliche Kosten der öffentlichen Siedlungsentwässerung deckt, insbesondere jene für die Erstellung, Optimierung, Erneuerung und Erweiterung sowie den Betrieb und Unterhalt der Anlagen.

2 Alle Eigentümer von Grundstücken, Liegenschaften und Anlagen, die Anlagen der öffentlichen Siedlungsentwässerung beanspruchen, sind gebührenpflichtig.

3 Werden aus den Abwassergebühren weitere Massnahmen, etwa für den Gewässerschutz oder Gewässerunterhalt, finanziert, sind die Gebühren entsprechend zu erhöhen.

4Die Gemeinde erstellt und unterhält ein finanzielles Führungsinstrument mit dem Ziel, eine ausreichende und dauerhafte Finanzierung und Gebührenplanung für die öffentliche Siedlungsentwässerung sicherzustellen. Mit diesem Instrument sind die erforderlichen Aufwendungen und Erträge für die nächsten 15 Jahre zu ermitteln und zu planen.

Massgebendes übergeordnetes Recht: Art. 60a GSchG und § 42 bis 45 EG GSchG

## Abwassergebühren und -beiträge

Die Gemeinde erhebt

a. Mehrwertbeiträge von Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern, deren Grundstücke durch die Groberschliessung einen Mehrwert erfahren,

b. Anschlussgebühren für den Anschluss von Grundstücken, Gebäuden oder Anlagen an die öffentliche Siedlungsentwässerung,

c. Benutzungsgebühren für die Ableitung von Abwasser in die öffentliche Siedlungsentwässerung.

Massgebendes übergeordnetes Recht: § 42 bis 45 EG GSchG

## Bemessung der Mehrwertbeiträge

Die Bemessung der Mehrwertbeiträge richtet sich nach §§ 42 ff. Einführungsgesetz zum Gewässerschutzgesetz vom 8. Dezember 1974 (LS 711.1).

Massgebendes übergeordnetes Recht: Art. 6 WEG

## Bemessung der Anschlussgebühr

**Variante 1**«Bemessung nach der zonengewichteten Grundstücksfläche»

1Die Anschlussgebühr bemisst sich innerhalb der Bauzone nach der zonen- oder nutzungsgewichteten Grundstücksfläche. Für die Ermittlung der gebührenpflichtigen Fläche (in Quadratmetern) wird die effektive Grundstücksfläche (Quadratmeter Parzellenfläche) mit den in Ziffer 26 Abs. 1 festgelegten Faktoren multipliziert.

*2* Ausserhalb der Bauzone richtet sich die gebührenpflichtige Fläche nach der effektiven Nutzfläche (Geschossflächen) und der Art der Nutzung. Es gelten die Multiplikationsfaktoren von Ziffer 26 Abs. 3.

*3* Die Anschlussgebühr beträgt Fr. ....... pro Quadratmeter gebührenpflichtige Fläche. Preisbasis ist der 1. April 2010 (Zürcher Wohnbaukostenindex). Dem Gemeinderat/Stadtrat obliegt die periodische Anpassung.

oder

**Variante 2** «Bemessung nach der Gebäudeversicherungssumme»

1 Die Anschlussgebühr wird nach der Gebäudeversicherungssumme der angeschlossenen Gebäude bemessen. Sie beträgt ...% exkl. MwSt. der Gebäudeversicherungssumme sämtlicher Haupt- und Nebenbauten. Die Gebäudeversicherungssumme berechnet sich wie folgt:

Gebäudeversicherungssumme = Basiswert x Teuerungsfaktor des Anschlussjahres

2 Werden Grundstücke an die öffentliche Siedlungsentwässerung angeschlossen mit Anlagen, für die keine Gebäudeversicherungssumme ermittelt werden kann (wie Parkplätze oder andere befestigte Flächen, Schwimmbäder usw.), setzt der Gemeinderat die Anschlussgebühr nach Art und Menge des anfallenden Abwassers fest.

3 Bauliche Werterhöhungen am Gebäude wie Innen- und Dachausbauten sowie Vergrösserungen des umbauten Raumes unterliegen der Gebührenpflicht zu den Ansätzen gemäss Absatz 1.

oder

**Variante 3** «Variante der Gemeinde für die Bemessung der Anschlussgebühr»

## Weitere Bestimmungen zur Anschlussgebühr

1 Mit der Erteilung der Bau- beziehungsweise Kanalisationsanschlussbewilligung ist die Anschlussgebühr in Form eines zinsfreien Bardepots oder einer Bankgarantie sicherzustellen. Die Baufreigabe erfolgt erst nach der Sicherstellung. Die Anschlussgebühr wird nach der Erstellung des Kanalisationsanschlusses aufgrund der Schlussabrechnung endgültig und über das Depot des ausgeführten Bauvorhabens in Rechnung gestellt.

*2* Die Gebührenpflicht beginnt mit dem Anschluss eines Grundstücks, eines Gebäudes oder einer Anlage an die öffentlichen Siedlungsentwässerungsanlagen.Weigert sich ein Grundeigentümer, seine Liegenschaft anzuschliessen, sind die Gebühren geschuldet, sobald der Anschlussentscheid rechtskräftig ist.

(Diese nachfolgenden Bestimmungen sind nur nötig, wenn die Anschlussgebühr nach der Gebäudeversicherungssumme ermittelt wird [Variante 2].)

3 Wird ein Gebäude abgebrochen oder durch Brand oder andere Ereignisse zerstört, und wird an dessen Stelle innert 10 Jahren ein Neubau errichtet, wird, sofern bereits früher die Anschlussgebühr erhoben wurde, die ursprünglich geleistete Zahlung bei der Festsetzung der neuen Anschlussgebühr angerechnet (Basiswert Neubau abzüglich Basiswert der zerstörten Gebäude, auf das Erstellungsjahr der Ersatzbaute hochgerechnet). Die Rückerstattung bereits früher bezahlter Anschlussgebühren ist ausgeschlossen.

4 Bei wertvermehrenden Aus- und Umbauten mit einer Erhöhung des Gebäudeversicherungswertes bis Fr. … (Vorschlag Fr. 100‘000.-), werden keine Nachforderungen von Anschlussgebühren erhoben. Für die Ermittlung der Nachforderung bei darüber hinaus gehender Erhöhung des Gebäudeversicherungswertes, werden die ersten Fr. … (Vorschlag Fr. 100‘000.-) in Abzug gebracht.

5 Für Betriebe mit besonders hohem Abwasseranfall kann der Gemeinderat eine spezielle, erhöhte Anschlussgebühr erheben, die sich an den zusätzlich entstehenden Kosten für Entsorgung und Reinigung (Grenzkosten) orientiert.

## Nachforderung von Anschlussgebühren

(Diese nachfolgenden Bestimmungen sind nur nötig, wenn die Anschlussgebühr neu über die gewichtete Grundstückfläche ermittelt wird. [Variante 1])

Bei den zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung ganz oder teilweise überbauten Grundstücken, die bereits an die öffentlichen Siedlungsentwässerungsanlagen angeschlossen sind, entfällt eine weitere Anschlussgebühr.

oder

1 Bei den zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung weitgehend überbauten Grundstücken (aktuelle Nutzung mindestens 75% der zulässigen Ausnützung), die bereits an die öffentlichen Siedlungsentwässerungsanlagen angeschlossen sind, entfällt eine weitere Anschlussgebühr.

2 Bei teilweise überbauten Grundstücken mit erheblicher Unternutzung (aktuelle Nutzung weniger als 75% der zulässigen Ausnützung) wird bei der Berechnung der zonengewichteten Grundstücksfläche die bereits voll überbaute Fläche in Abzug gebracht.

3 Anschlussgebühren, die im Sinne von Absatz 2 nachgefordert werden, sind innert fünf Jahren seit Inkrafttreten dieser Verordnung mit Verfügung festzusetzen.

oder

«Variante der Gemeinde für die Bemessung»

## Bemessung der Benutzungsgebühr

1 Die Benutzungsgebühr ergibt sich aus der Summe der zwei Komponenten:

a. Grundgebühr pro angeschlossenes Grundstück aufgrund der gemäss Ziffer 26 gewichteten Grundstücksflächen in Quadratmetern,

oder

a. Grundgebühr pro Haushaltung oder Industrie- und Gewerbebetrieb,

oder

a. «weitere Variante der Gemeinde für die Bemessung der Grundgebühr»,

**u n d**

b. Mengengebühr aufgrund des genutzten Wassers (Verbrauch in Kubikmetern [m3]), unabhängig von der Bezugsquelle.

2 Der Ertrag aus der Grundgebühr soll in der Rechnung der öffentlichen Siedlungsentwässerung ungefähr ein Drittel des Gesamtertrages der Benutzungsgebühren erreichen. Der restliche Ertrag (zwei Drittel) soll aus der Mengengebühr geschöpft werden.

## Weitere Bestimmungen zur Benutzungsgebühr

1Benutzer werden mit höheren Gebühren belastet, wenn sie Abwasser ableiten, das gegenüber häuslichem Abwasser eine erheblich höhere Konzentration, Schmutzstofffracht oder eine wesentlich andere Zusammensetzung aufweist. Die Berechnung der Zuschlagsfaktoren erfolgt nach Anhang C «Berechnung der Abwassergebühren für Industrie und Gewerbe» der VSA/OKI-Empfehlung «Gebührensystem und Kostenverteilung bei Abwasseranlagen» (2018).

oder

«andere Variante der Gemeinde».

2 Fehlen Angaben zur Verbrauchsmenge, wird als Mengengebühr ein Pauschalbetrag eingesetzt, der auf Erfahrungswerten des Wasserverbrauchs für ähnliche Bauten und Anlagen basiert. Fehlen entsprechende Werte, wird der Abwasseranfall mittels einer Stichprobe ermittelt und der Pauschalbetrag über den Zeitraum des Abwasseranfalls bestimmt.

*3* Weist ein Wasserbezüger nach, dass er das bezogene Wasser rechtmässig zu einem wesentlichen Teil nicht in die Siedlungsentwässerung ableitet, kann die Mengengebühr reduziert werden.

*4* Beträgt die jährliche Benutzungsgebühr (Summe von Grund- und Mengengebühr) weniger als Fr. ... (50.–), kann auf die Erhebung verzichtet werden.

oder

4 Für die Benutzung der Abwasseranlagen wird eine jährliche Benutzungsgebühr (Grund- und Mengengebühr) von mindestens Fr. … (50.–) in Rechnung gestellt.

*5* Bei erhöhtem administrativem Aufwand (z.B. Ratenzahlungen, wiederholte Einzahlung von Fehlbeträgen usw.) kann die zuständige Behörde dem Verursacher die zusätzlich anfallenden Aufwendungen nach der Gebührenregelung der Gemeinde in Rechnung stellen.

## Gewichtung der Grundstücksflächen bei der Anschlussgebühr und Benutzungsgebühr

(Diese Bestimmung ist nur nötig, wenn die Anschlussgebühr und/oder Benutzungsgebühr über die gewichtete Grundstückfläche ermittelt wird [Variante 1]; Vorschläge für Multiplikationsfaktoren in Klammern)

1 Für die Ermittlung der massgeblichen Fläche zur Berechnung der Grundgebühr wird die Grundstücksfläche mit den folgenden Faktoren multipliziert:

|  |  |
| --- | --- |
| a. Nicht überbaute, angeschlossene Grundstücke in der Bauzone | Faktor ... (0,1–0,2) |
| b. Einfamilienhauszonen\*,  2-geschossige Wohnzonen\* (bis W2/40), | Faktor ... (1) |
| c. 2-geschossige Wohnzonen\* (grösser W2/40), 3-geschossige Wohnzonen\* | Faktor ... (2) |
| d. Wohnzone mit Gewerbeerleichterung\* (WG2, WG3) | Faktor ... (3) |
| e. Zone für öffentliche Bauten\* | Faktor ... (4) |
| f. Industriezone\*/Gewerbezone\* | Faktor ... (5) |
| g. Kernzone\* | Faktor ... (6) |
| h. Strassen, Flächen mit Hartbelag usw. | Faktor ... (6) |
| \* Grundstück ganz oder teilweise überbaut |  |

2 Werden für die Strassenentwässerung die öffentlichen Siedlungsentwässerungsanlagen genutzt, ist die Benutzungsgebühr geschuldet. Die massgebende Fläche entspricht der effektiv in die Gemeindekanalisation entwässerten Belagsfläche.

3 Für Bauten in Freihalte-, Erholungs-, Reserve- und Landwirtschaftszonen, die über keine ausgeschiedene Parzellenfläche verfügen, wird die für die Gebühren massgebende Fläche aus der Summe der Geschossflächen ermittelt. Die massgebende Fläche ergibt sich aus der Multiplikation der Geschossflächen mit dem in Abhängigkeit von der Nutzung anzuwendenden Faktor. Die einzelnen Faktoren betragen:

|  |  |
| --- | --- |
| a. reine Wohnbauten | Faktor ... (5) |
| b. gemischte Nutzung | Faktor ... (6) |
| c. rein gewerbliche Nutzung | Faktor ... (7) |

4 Massgebend für die Flächenermittlung ist das Vermessungswerk der Gemeinde bzw. die SN 504 416 (SIA 416, Flächen und Volumen von Gebäuden, Ausgabe 2003).

## Schuldner

Gebührenschuldner ist bei allen Gebühren der Grundeigentümer, der Baurechtsnehmer oder die Gemeinschaft der Grund- oder Stockwerkeigentümer zum Zeitpunkt der Rechnungsstellung.

## Rechnungsstellung und Fälligkeit

1 Alle Gebühren werden 30 Tage nach Zustellung der Rechnung fällig. Nach Ablauf der Zahlungsfrist wird der Schuldner gemahnt. Ab Datum der Mahnung kann ein Verzugszins von 5% erhoben werden (§ 29a Verwaltungsrechtspflegegesetz vom 24. Mai 1959, LS 175.2).

*2* Die Benutzungsgebühr wird mindestens jährlich in Rechnung gestellt. Akontorechnungen sind zulässig. Die Rechnung kann in Form einer Verfügung eröffnet werden.

*3* Die nachträgliche Richtigstellung von Irrtümern und Fehlern innerhalb der gesetzlichen Verjährungsfristen bleibt vorbehalten.

# Haftungs- und Schlussbestimmungen

## Haftung

1 Die Bewilligungs- und Kontrolltätigkeit der Behörden entbindet weder die Eigentümer noch die Inhaber und Betreiber von Abwasseranlagen von ihren rechtlichen Verpflichtungen.

2 Aus der Mitwirkung der Gemeinde entsteht keine über die gesetzliche Haftung hinausgehende Haftung der Gemeinde.

3 Der Verursacher haftet für sämtliche Kosten aus der rechtswidrigen

1. Nutzung der öffentlichen Siedlungsentwässerung,
2. Einleitung von Abwässern in die öffentliche Siedlungsentwässerung.

4 Zu diesen Kosten gehören neben den Kosten für die Schadensbewältigung und Schadensbehebung auch zusätzliche Unterhalts- und Betriebsaufwendungen.

## Rechtsschutz

1 Gegen Anordnungen, die gestützt auf die vorliegende Verordnung ergehen, kann gemäss Gemeindegesetz Rekurs innert 30 Tagen, von der Zustellung an gerechnet, erhoben werden.

oder

1 Gegen Anordnungen, die gestützt auf die vorliegende Verordnung ergehen, kann innert 30 Tagen, von der Zustellung an gerechnet, beim Gemeinderat schriftlich Einsprache erhoben werden. Dem Lauf der Einsprachefrist und der Einreichung der Einsprache kommt aufschiebende Wirkung zu. Vorbehalten bleiben besondere Zuständigkeiten im koordinierten Bewilligungsverfahren.

2 Der Rechtsschutz richtet sich nach dem Gemeindegesetz, dem Verwaltungsrechtspflegegesetz, dem Einführungsgesetz zum Gewässerschutzgesetz sowie dem Planungs- und Baugesetz.

## Rechtsetzungsbefugnisse

1Der Gemeinderat erlässt Ausführungsbestimmungen zur vorliegenden Verordnung und regelt insbesondere

1. den Vollzug des Abwasserrechts auf dem Gemeindegebiet,
2. die Rechte und Pflichten der Grundeigentümer und Inhabern von Gebäuden und Anlagen sowie der Gemeinde zur dauerhaften Sicherung einer technisch einwandfreien Siedlungsentwässerung,
3. die Gebührentarife, soweit sie nicht in dieser Verordnung geregelt sind, sowie die Festsetzung der Mehrwertbeiträge.

2Die Beschlüsse sind öffentlich bekanntzumachen.

## Inkrafttreten

Der Gemeinderat bestimmt das Inkrafttreten der vorliegenden Siedlungsentwässerungsverordnung.

Auf diesen Zeitpunkt hin werden alle bisherigen, damit in Widerspruch stehenden Vorschriften, insbesondere die bisherige Verordnung vom … (Datum) über Abwasseranlagen vom Datum oder die Siedlungsentwässerungsverordnung vom … (Datum) und die Verordnung vom … (Datum) über Abwassergebühren aufgehoben.

Diese Verordnung wurde von der Gemeindeversammlung

beschlossen am: ……………...................................................

Der/Die Gemeindepräsident/in: ......................................

Der/Die Gemeindeschreiber/in: ……........................................

**Rechtsmittelbelehrung (Text nur in Vorlage an Legislative):**

Gegen diese Verordnung kann, von der Veröffentlichung an gerechnet, beim Bezirksrat ……........................................

- wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte **innert 5 Tagen** schriftlich Rekurs in Stimmrechtssachen (§ 19 Abs. 1 lit. c i.V.m. § 21a und § 22 Abs. 1 VRG)

- und im Übrigen wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes sowie Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung innert 30 Tag schriftlich Rekurs erhoben werden (§ 19 Abs. 1 lit. a i.V.m. § 19b Abs. 2 lit. c sowie § 20 Abs. 1 und § 22 Abs. 1 VRG)

Die Kosten des Rekursverfahrens hat die unterliegende Partei zu tragen. In Stimmrechtssachen werden Verfahrenskosten nur erhoben, wenn das Rechtsmittel offensichtlich aussichtslos ist.

Die Rekursschrift muss einen Antrag und dessen Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist, soweit möglich, beizulegen.

Vom Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft

mit Verfügung Nr.: ..................................................................

genehmigt am: .......................................................................

Diese Verordnung tritt am ............................... in Kraft.

**Anhang: Erläuterungen zu ausgewählten Bestimmungen**(Dieser Anhang ist nicht Teil der Verordnung und muss nach Ausarbeitung der SEVO gelöscht werden)

zu Ziffer 2

Zum Absatz 2

Delegationen an Bauamt, Gemeindeingenieur etc. sind an enge Grenzen gebunden und kommen nur für fachtechnische Entscheide in Frage.

zu Ziffer 5

Zum Absatz 2

Für den Vollzug der Regenwasserentsorgung ist die VSA-Richtlinie „Regenwasserentsorgung“ bzw. die „Richtlinie und Praxishilfe Regenwasserentsorgung“ des AWEL (siehe [www.abwasser.zh.ch](http://www.abwasser.zh.ch)) zu beachten.

zu Ziffer 7

Bestehende Anlagen

Oft wurden privat erstellte Nebenleitungen (Leitungen mit Sammelcharakter; mind. zwei angeschlossene Liegenschaften) nicht ins Eigentum der Gemeinden übernommen. Die Eigentumsfrage wird zu Recht wieder aktuell, sobald Sanierungskosten anfallen. Auf Gesuch hin kann die Gemeinde jedoch nur Leitungen im einwandfreien Zustand mit guter Zugänglichkeit (Unterhalt) in ihr Eigentum übernehmen. Das heisst, dass eine eventuell erforderliche Sanierung in jedem Fall von den Privaten zu tragen ist und erst dann ein entsprechendes Übernahmegesuch an die Gemeinde gestellt werden kann. Weitere Informationen sind im Merkblatt des AWELzur „Siedlungsentwässerung - Übernahme von privaten Nebenleitungen ins Eigentum der Gemeinde“ unter <https://awel.zh.ch/internet/baudirektion/awel/de/wasser/gewaesserschutz/abwasserentsorgung/unterhalt.html>.

Neue Anlagen

Es ist von Vorteil, wenn bereits in der Bewilligungsphase abgeklärt wird, ob eine privat erstellte Kanalisation mit der Abnahme ins Eigentum der Gemeinde übernommen wird. Es besteht dann die Möglichkeit, mit meist wenig Aufwand auf die spätere Unterhaltsfreundlichkeit (Zugänglichkeit der Kontrollschächte etc.) Einfluss zu nehmen. Der Idealzustand im Hinblick auf Rechtsgleichheit und verursachergerechte/kostendeckende Gebühren in einer Gemeinde würde bedeuten, dass sämtliche Nebenleitungen mit mind. zwei angeschlossenen Liegenschaften im Eigentum der Gemeinde wären.

zu Ziffer 12

zu Absatz 1

Diese Regelung ermöglicht es den Gemeinden, eine administrativ einfache und langfristig gerechte Lösung zur Überwachung der privaten Abwasseranlagen vorzunehmen. Die Überwachung des gesamten Gemeindegebietes rechtfertigt die Finanzierung über die Abwassergebühren, da im Endeffekt alle Liegenschaftsbesitzer im gleichen Mass davon profitieren.

zu Ziffer 13

Zum Absatz 1a

Massgebende Normen und Richtlinien:

* Kanalisationen (SIA-Norm 190), Ausgabe 2017)
* Einbau und Prüfen von Abwasserleitungen und -kanälen (SIA Norm 190.203/SN EN 1610, Ausgabe 2015)
* Dichtheitsprüfungen an Abwasseranlagen (VSA 2002)
* Entwässerung von Baustellen (SIA-Empfehlung 431, Ausgabe 1997)
* Entsorgung von Bauabfällen (SIA-Empfehlung 430, Ausgabe 1993)
* Betrieblicher Unterhalt von Entwässerungsanlagen (VSA 2014)
* Baulicher Unterhalt von Entwässerungsanlagen (VSA 2009)

Zum Absatz 1b

Weitere Hinweise dazu im AWEL-Leitfaden für die Planung, Bewilligung und Realisierung von Anlagen zur Abwasserenergienutzung unter:

<https://awel.zh.ch/internet/baudirektion/awel/de/energie_radioaktive_abfaelle/waermenutzung_ausuntergrundwasser/abwasser.html>

zu Ziffer 20

Mit der abwassertechnischen Feinerschliessung erfährt ein Grundstück einen Vorteil/Mehrwert. Der Mehrwertsbeitrag ist eine Vorteilausgleichsabgabe an die Erstellungskosten der Feinerschliessung. Finanzieren die Grundeigentümer die Feinerschliessung selber (z.B. im Quartierplan-Verfahren) und schliessen ihr Abwasser auch an diese an, entfällt der Mehrwertsbeitrag. Profitiert ein Liegenschaftsbesitzer vom möglichen Anschluss an die von der Gemeinde erstellte abwassertechnische Groberschliessung, ist der Mehrwertsbeitrag geschuldet.

Als zweckdienlich hat sich erwiesen, wenn die Verankerung des detaillierten Verfahrens für die Erhebung dieser Beiträge nicht im Rahmen der vorliegenden Verordnung geregelt wird (da keine Gebühr!), sondern in einer verwaltungsinternen Richtlinie, welche den Ablauf inkl. Spezialfälle regelt. Somit ist die Grundlage für eine einheitliche Berechnung der Beiträge gegeben. Bei Unstimmigkeiten ist dann nicht mehr die Gemeinde, sondern die Schätzungskommission zuständig (Details siehe Handbuch vom Verband Zürcher Gemeindeschreiber und Verwaltungsbeamten VZGV).

zu Ziffer 21

Die Anschlussgebühr ist ein Einkauf in die bestehenden Infrastrukturanlagen der Abwasserbeseitigung (Anschlussstelle bis und mit Kläranlage). Mit der empfohlenen Variante 1 wird dem Auftrag des Gesetzgebers (Art. 60a GSchG), die entstehenden Kosten den Verursachern zu überbinden, am besten nachgekommen, weil die Grundstücksfläche und die Bauzonenzugehörigkeit die Bemessung der Abwasseranlagen massgebend beeinflussen (hydraulische Berechnung). Wird diese Variante umgesetzt, entfallen Nachbezüge, weil sie auf den potentiell möglichen Ausbau ausgerichtet ist. Bei einem Systemwechsel kann, je nach vorhandenem Ausnützungsgrad, eine Übergangsregelung für einen einmaligen Nachbezug (siehe Vorlage Ziffer 23) erforderlich werden.

Beispiel für Variante 1, «Bemessung nach der zonengewichteten Grundstücksfläche»:

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
|  | Faktor | Anschlussgebühr pro Quadratmeter gebührenpflichtige Fläche | gebührenpflichtige Fläche | geschuldete Anschlussgebühr |
| Anschluss eines überbauten Grundstücks von 550 m2 in Wohnzone mit Gewerbeerleichterung (WG2, WG3) | 3 | Fr. 15.– | 3 x 550 m2 =  1650 m2 | Fr. 24 750.– |

Bei Variante 1 hat jeder Grundeigentümer zum Zeitpunkt des Anschlusses an die öffentliche Siedlungsentwässerungsanlage eine einmalige Gebühr zu entrichten. Für die Gemeinde wird diese Gebühr abschätzbar, nicht aber der Zeitpunkt der Fälligkeit. Ohne spezielle Regelung ist die Anschlussgebühr auch für neue Verkehrswege (Strassen usw.) geschuldet.

Sowohl bei Variante 1 als auch bei Variante 2 sind die Bezugsgrössen für die Gebührenfestsetzung einfach zu erheben (Grundstücksfläche und Zonenzugehörigkeit bei Variante 1, Gebäudeversicherungswert bei Variante 2). Es ist nicht auszuschliessen, dass die Gebäudeversicherungswerte längerfristig nicht mehr zur Verfügung stehen. Ob die Variante 1 oder 2 zur Anwendung gelangen soll, ist aufgrund der bisherigen Berechnungsart und Erfahrungen zu entscheiden.

zu Ziffer 22

In der Regel wird die behördliche Abnahme des Anschlusses an die öffentliche Kanalisation (Einspitz) als Anschlusszeitpunkt betrachtet.

Die Gebührenpflicht entsteht, sobald die öffentliche Abwasseranlage benutzt werden kann.

zu Ziffer 24

zu Absatz 1

Als Basis für die Grundgebühr werden gewichtete Grundstücksflächen empfohlen, weil sich dadurch eine dem Nutzungspotenzial entsprechende Gebührenbemessung ergibt. Die Basis für den Mengenpreis (Wasserverbrauch) ist heute allgemein anerkannt. Grundsätzlich können beide Komponenten auch auf anderer Basis aufbauen, hingegen kann eine Gebühr ohne jeglichen Flächenbezug in der Regel nicht verursachergerecht sein.

Die Behörde hat aufgrund des Auftrages zur vollen Kostendeckung (Ziffer 18 SEVO) und der Aufteilung in Grundgebühr und Mengenpreis (Ziffer 24 SEVO) eine genaue Vorgabe, wie sich die Gebühren berechnen.

Der Entscheid über die Aufteilung in Grundgebühr und Mengenpreis wird von jeder Gemeinde individuell gefällt. Es ist aber nicht sinnvoll, einer dieser Gebührenkomponenten die Finanzierung einer bestimmten Aufgabe zuzuordnen. Durch eine solche Zuordnung würden im Vollzug erhebliche Schwierigkeiten (wie hoch sind die Kosten für die Regenwasserentsorgung? usw.) mit absehbaren, bedeutenden administrativen Mehraufwendungen entstehen.

**Berechnungsbeispiel:**Durch Benutzungsgebühr zu deckende Kosten Fr. 900 000.–   
 *davon Anteil für Grundgebühr (1/3) Fr. 300 000.–   
 davon Anteil für Mengenpreis (2/3) Fr. 600 000.–*

Berechnung Einheitspreis der Grundgebühr:

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| Zonen gemäss der Bau- und Zonenordnung der Gemeinde | Gewichtung (Faktor) | Gesamtfläche (in m2) | Fläche gewichtet (in m2) |
| EFH W2/30 | 1 | 310 000 | 310 000 |
| EFH W2/50 | 2 | 130 000 | 260 000 |
| Wohnen mit Gewerbeerleichterung (WG2/WG3) | 3 | 110 000 | 330 000 |
| Öffentliche Bauten | 4 | 60 000 | 240 000 |
| Industrie | 5 | 160 000 | 800 000 |
| Kern | 6 | 80 000 | 480 000 |
| **Total** |  | **850 000** | **2 420 000** |

Anteil für Grundgebühr dividiert durch die Summe der gewichteten Grundstücksflächen  
300 000 Fr./2 420 000 m2 **= Fr. 0.12/m2**

**Berechnung Mengenpreis:**

Anteil für Mengengebühr dividiert durch Verbrauch Trinkwasser von 388 000 m3/Jahr  
600 000 Fr./388 000 m3 **= Fr. 1.55/m3**

**Abrechnung pro Wohneinheit:**

Zone EFH W2/50   
Grundfläche 340 m2Wasserverbrauch pro Jahr 255 m3

Grundgebühr:  
Grundfläche x Gewichtung x Einheitspreis der Grundgebühr   
340 m2 x 2 x Fr. 0.12/m2 = Fr. 81.60

Berechnung der Mengengebühr:   
Wasserverbrauch x Fr. 1.55/m3255 m3 x Fr. 1.55/m3 = Fr. 395.25

Summe Grund- und Mengengebühr: **Fr. 476.85**

zu Ziffer 25

zu Absatz 3   
Einzelne Wasserbezüger leiten einen wesentlichen Teil des bezogenen Frischwassers nicht in die öffentlichen Siedlungsentwässerungsanlagen ein. Typische Beispiele sind Gärtnereien, Landwirtschaftsbetriebe, Getränkefirmen usw.

Der Gebührenpflichtige hat die Menge des nicht abgeleiteten Wassers nachzuweisen. Als Nachweis dient zum Beispiel eine auf eigene Kosten, in Absprache mit der Gemeinde installierte Wasseruhr. Der Nachweis muss periodisch überprüft werden.

zu Ziffer 26

zu Absatz 1Die im Beispiel aufgeführten Gewichtungen entsprechen empirischen Werten aufgrund differenzierter Messungen. Es ist dem unterschiedlichen Anfall von Schmutzwasser, Regenwasser (Abflusskoeffizient) usw. Rechnung getragen worden. Die Spannweite zwischen den einzelnen Gewichtungen kann auch verkleinert, angepasst werden. Die in Absatz 1 aufgeführten Zonen und deren in Klammern genannte Gewichtung entsprechen lediglich einem Beispiel.

zu Absatz 2 Strassen und Flächen mit Hartbelag sind nur dann gebührenpflichtig, wenn zur Entwässerung öffentliche Siedlungsentwässerungsanlagen beansprucht werden.

zu Absatz 3 Bei Bauten in der Landwirtschaftszone fehlt in der Regel eine Parzellenfläche, die für die Festsetzung der Grundgebühr verwendet werden könnte. Die Fläche von Hofraum, Garten und der umliegenden Wiesen ergibt eine überhöhte Belastung, die nicht den Verhältnissen entspricht. In diesen Fällen behilft man sich mit der Summe der Geschossflächen (GF) des Wohnhauses beziehungsweise Gebäudes. Zur Ermittlung der massgebenden Fläche werden die Geschossflächen mit dem Faktor multipliziert, der die Nutzung berücksichtigt.

Erhebungen bei einigen Bauten haben gezeigt, dass mit dem Faktor 5 gute Ergebnisse erreicht werden. Hinsichtlich der Nutzung sind zwei mögliche Zuschlagsstufen vorgesehen, die dem unterschiedlichen Zustand Rechnung tragen.

**Berechnungsbeispiel**:   
Landwirtschaftsbetrieb mit 15,4 ha Landfläche:

Bauernhaus mit Geschossfläche (nach Norm SIA 416, 2003) von je 60 m2 – Kellergeschoss   
 – Wohngeschoss   
 – Dachgeschoss mit Wohnen und Abstellraum

Grundfläche Scheune: 230 m2

Einheitspreis der Grundgebühr (siehe Beispiel zu Ziffer 24) Fr. 0.12/m2

— Gebäudefläche Wohnhaus:   
 Geschossfläche x Geschosse 60 m2 x 3 = 180 m2   
 Grundfläche Scheune 230 m2   
 Gesamtfläche (Wohnhaus und Scheune) **410 m2**

— massgebende Fläche:   
Gesamtfläche x Faktor für gemischte Nutzung   
 410 m2 x Faktor 6 = 2460 m2

— Berechnung der Grundgebühr:   
massgebende Fläche x Einheitspreis der Grundgebühr   
 2460 m2 x Fr. 0.12/m2 = **Fr. 295.20**